

- ☐☐ **Ägypten: Keine Militärgewalt gegen Demonstranten**

Am Montagabend gab das ägyptische Militär bekannt, dass es keine Gewalt gegen die Bevölkerung einsetzen werde. Es halte den Widerstand und die Forderungen der Opposition vielmehr für legitim. Nach Medienberichten war es bereits in den vergangenen Tagen teilweise zu Verbrüderungen von Demonstranten und Soldaten gekommen.

Berichtet wurde, dass Einwohner in der Gegend des Tahrir-Platzes, zentraler Kundgebungsort in Kairo, sowohl Demonstranten als auch Soldaten mit Nahrungsmitteln versorgten. Wenn Muslime beten, würden sie von Christen geschützt. Umgekehrt seien auch christliche Kirchen von Muslimen geschützt worden.

Dies geschehe im Zusammenhang mit der Gründung von Bürgerwehren und Schutzgruppen, die Einwohner oder öffentliche Gebäude wie etwa Museen oder Banken vor Plünderern und Vandalen schützten. Menschen reinigten die Straßen mit Wasser und befreiten sie von Müll. Eskaliert waren die Unruhen, während der ägyptische Staatschef Husni Mubarak seinen Geheimdienst-Chef Omar Suleiman zum Vizepräsidenten ernannt hatte.

Danach seien sämtliche Kräfte des Innenministeriums, darunter Polizisten, Sicherheitspersonal, Geheimdienstmitarbeiter und Feuerwehrleute abgetaucht und hätten verdeckt versucht durch Plünderungen, Vandalismus und Brandstiftungen Chaos zu erzeugen. Gefängnisse seien gezielt geöffnet worden, um Straftäter freizulassen.

Für Dienstag plant die Opposition einen Protest-Aufmarsch von mehr als einer Millionen Menschen in Kairo. Mit einem "Marsch der Millionen" soll Staatschef Mubarak zum Aufgeben gedrängt werden. Unterdessen werden auch Verschwörungstheorien lauter, die eine aktive us-amerikanische und israelische Beteiligung an den Unruhen vermuten.

Angestrebt werde demnach eine Ablösung der alten Regime im arabischen Raum durch neue, westlicher und israelischer Politik und Interessen hörige Regierungen, die etwa in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen oder vermeintliche Diktaturausübung weniger angreifbar seien. Wikileaks-Dokumente hätten gezeigt, dass

US-Diplomaten angesichts der verheerenden Menschenrechtssituation in Ägypten besorgt seien.

So seien in dem Land bislang etwa willkürliche Folterungen durch die Polizei an der Tagesordnung. Die amerikanischen Diplomaten hätten sich daher um eine Agenda der demokratischen Reformen und eines größeren Pluralismus bemüht. Jüngste offizielle Äußerungen aus Israel dagegen stützen aber weiterhin die derzeitige ägyptische Regierung.

So habe Israel nach Medienangaben die USA und europäische Staaten gebeten, ihre Kritik am Regime von Mubarak zu zügeln. Im Interesse Israels und des Westens seien stabile politische Zustände in Ägypten. Darauf beziehen sich alternative Verschwörungstheorien aus politischen Kreisen, die eine Islamisierung der Region befürchten. Radikale islamistische Kräfte könnten die Situation ausnutzen, heißt es.

Kritiker sehen dahinter sowohl "Doppelzüngigkeit" wie auch Angst westlicher Politiker davor, dass im Nahen Osten Demokratie einziehen könnte.

Westliche Regierungen würden zwar öffentlich für Demokratie, Meinungsfreiheit und andere hehre Werte eintreten, hätten aber bislang die arabischen Regime unterstützt, um die Region "stabil" zu halten. Auch die westliche Islamophobie, die eine Demokratie-Unfähigkeit des Islam postuliere, sei Teil dieser politischen Strategie.

- □ □ **Medienzensur in Ägypten**

Reporter ohne Grenzen (ROG)
verurteilt das Verbot des arabischen
Fernsehsenders

Al-Dschasira

in Ägypten. Nach Angaben der
amtlichen Nachrichtenagentur

Mena

vom 30. Januar hat der
Informationsminister Anas el Fekki
angeordnet, die Sendelizenzen von
Al-Dschasira
aufzuheben und die Akkreditierungen
aller Mitarbeiter einzuziehen.

Der Satellitensender mit Sitz in Doha
(Katar) hatte bis dahin umfassend

über die Proteste gegen die ägyptische Regierung berichtet. "Mit dem Verbot von *Al-Dschasira* versucht die Regierung die Verbreitung von Filmmaterial über die Proteste zu beschränken", sagt Jean-François Julliard, ROG-Generalsekretär. Die Entscheidung stehe in "vollständigem Widerspruch mit dem Versprechen von Präsident Hosni Mubarak vom 28. Januar, demokratische Reformen einzuleiten", so Julliard.

ROG fordert die Regierung darüber hinaus ein weiteres Mal auf, die

Zensur der Neuen Medien zu beenden. Am 27. Januar hatten die ägyptischen Behörden gegen 22 Uhr 30 die Internetverbindungen gekappt und Mobilfunknetze abgeschaltet. Während die Telefonkommunikation teilweise am 29. Januar wieder hergestellt wurde, ist der Internet-Verkehr offenbar weiter vielerorts gestört.

Al-Dschasira mit seinen zahlreichen Büros im arabischen Raum steht seit Jahren im Konflikt mit den meisten Regierungen in der Region. Für viele Machthaber in der arabischen Welt

gilt *Al-Dschasira* als unbequemes Medium, das auf das politische Geschehen Einfluss nehmen will. Die Regierungen werfen dem TV-Sender regelmäßig eine parteiische Berichterstattung vor.

Zuletzt wurden im Jahr 2010 *Al-Dscha sira* -Büros in Marokko und Kuwait geschlossen. Im Jahr 2006 ließ die irakische Regierung die Niederlassungen des Senders im Land schließen. In den Städten Ramallah und Nablus im Westjordanland griffen in der

vergangenen Woche außerdem
Anhänger von
Palästinenser-Präsident Mahmud
Abbas Redaktionsbüros des Senders
an.

Die Attacken folgten auf die
spektakuläre Enthüllung von
Geheimdokumenten zum
Nahost-Konflikt: Zusammen mit der
britischen Tageszeitung *The*
Guardian hat
te
Al-Dschasira
die ersten von rund 1600
Geheimdokumenten über angeblich

weitreichende Zugeständnisse der Palästinenserführung an Israel im Nahost-Friedensprozess veröffentlicht.

- **□ □ Empathie und Kooperation als Grundlage der Evolution**

Einfühlungsvermögen und Kooperation sind die Grundlage für evolutionären Fortschritt. Diese Meinung vertritt Frans de Waal, Leiter des Instituts für Primatenforschung an der Emory University in Atlanta, USA. Empathie halte unsere Gesellschaften zusammen und ermögliche uns auch das Zusammenleben in Städten, so de Waal in einem Interview in der Freitag.

Die besonders unter Ökonomen verbreitete Vorstellung, dass alles in der Natur auf Wettbewerb ausgerichtet sei, und aus diesem Grund auch eine auf Wettbewerb ausgerichtete Gesellschaft fordern, hält der Forscher für eine komplette Fehlinterpretation. Menschen seien in hohem Maße empathisch und unterstützten sich gegenseitig. Erst diese Eigenschaften hätten zum Erfolg des Menschen geführt und sollten deshalb auch in Zukunft

einen wichtigen Grundstein der Gesellschaft bilden.

Immer mehr Biologen seien sich darin einig, dass Empathie mit der Entwicklung der mütterlichen Fürsorge bei den Säugetieren entstanden ist, so de Waal.

Menschen und höher entwickelte Tiere wie Menschenaffen, Delfine und Elefanten seien darüber hinaus auch in der Lage, den Gemütszustand ihres Gegenübers zu untersuchen und

zu verstehen. Je bewusster ein Tier sich selbst wahrnehme, desto empathischer sei es für gewöhnlich auch.

Diese Sichtweise vertreten auch andere wissenschaftliche Erkenntnisse, wie etwa die sogenannte Neue Medizin. Diese belegt die Zweckgerichtetheit biologischer Reaktionen anhand spezifischer Umwelteinflüsse und deren individueller Erfahrung und Bewertung. Dies steuert

Wahrnehmung, Verhalten und Reifeentwicklung und beeinflusst damit auch Einfühlungsvermögen und Kooperationsfähigkeit.

Auch der namhafte Kritiker der Infektionstheorie, Dr. Stefan Lanka, hält Kooperation und Symbiose für die Grundlage mikrobiologischer Prozesse, Strukturen und deren Evolution. Erkenntnisse wie diese sind jedoch umstritten und werden im etablierten Konsens des

industrialisierten
Wissenschaftskomplexes derzeit
nicht anerkannt.

- ☐ ☐ **Grundeinkommen:**

Thema auf Weltsozialforum

Vom 06. bis zum 11. Februar 2011 findet in Dakar (Senegal) das [zehnte Weltsozialforum](#) statt. Unter dem Motto "Eine andere Welt ist möglich" fanden seit vielen Jahren Weltsozialforen in verschiedenen Städten

Brasiliens, in Indien und in Kenia statt. Diesmal wird auch über das Grundeinkommen diskutiert.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung veranstaltet gemeinsam mit VertreterInnen der BIG-Coalition aus Namibia und weiteren ExpertInnen ein [Seminar](#), um über

Herausforderungen und Chancen eines Grundeinkommens in Nord und Süd zu diskutieren.

Denn nicht nur in Namibia wird nach dem Projekt in Otjivero über die Einführung eines Grundeinkommens debattiert. Auch in

Südafrika, Indien, Iran und in vielen Ländern Europas und Amerikas denkt man über die Einführung eines Grundeinkommens nach. Die Erfahrungen aus dem Projekt in Namibia sind dabei gefragt.

- ☐ ☐ **Kein** **"Jobwunder" in Sicht**

Das
Beschäftigungswunder
sei in Wahrheit keines,
sagte der Ökonom
Stefan Kooths vom

Kieler Institut für
Weltwirtschaft in den
vdi-Nachrichten.
Entscheidend sei nicht
die Zahl der
Arbeitsplätze, sondern
das Arbeitsvolumen,
also die Zahl der pro
Jahr geleisteten
Arbeitsstunden. Und die
liege in Deutschland
aktuell auf dem Niveau

des Jahres 2000 und der Mitte der 90er-Jahre.

Seinerzeit waren es rund 57,6 Mrd. Stunden.

Kooths: "Damals hat niemand das deutsche Jobwunder ausgerufen."

Die Ursache für die

steigende
Erwerbstätigkeit seien
mehr Teilzeitarbeit und
Mini-Jobs. Die
Bruttolöhne je
Arbeitnehmer sollen laut
aktuellem
Jahreswirtschaftsbericht
der Bundesregierung in
diesem Jahr um 2,1
Prozent steigen, die
Inflation soll bei 1,8

Prozent liegen. Real
würden dann die Löhne
um 0,3 Prozentpunkte
zulegen.

Auch Frank-Jürgen
Weise,
Vorstandsvorsitzender
der Bundesagentur für
Arbeit, habe in einem

Interview mit Spiegel
Online prognostiziert,
dass die Löhne
"tendenziell" geringer
ausfallen würden.
"Langfristig wird es
sogar mehr Menschen
geben, die einen
Zusatzjob oder
staatliche Zuschüsse
brauchen", so Weise.

Diese Lohnzuschüsse
aus Steuermitteln hätten
sich seit 2005 auf rund
50 Milliarden Euro
belaufen, sagte der
Verteilungsforscher
Claus Schäfer vom
gewerkschaftsnahen
Wirtschafts- und
Sozialwissenschaftlichen

Institut den
vdi-Nachrichten. Mit
ihnen werden die
Einkommen von
Niedriglöhnern auf das
Niveau von Hartz IV
aufgestockt. Die
Lohnquote sei seit 1991
netto, also nach Abzug
von Steuern und
Abgaben, von 48
Prozent auf gut 39

Prozent gesunken,
berichten die
vdi-nachrichten weiter.
Die Lohnquote misst den
Anteil der Löhne am
Volkseinkommen.

- ☐☐ **Kaum** **Erholung im** **Einzelhandel**

Nach Angaben des
Statistischen
Bundesamtes
(Destatis) erzielte der

Einzelhandel in
Deutschland i
m Dezember 2010
nach vorläufigen
Ergebnissen aus
sieben Bundesländern
nominal 0,3 Prozent
mehr und real 1,3
Prozent
weniger Umsatz als im
Dezember 2009. Der

Dezember 2010 hatte mit 26 Verkaufstagen einen Verkaufstag mehr als der Dezember 2009. Im Vergleich zum November 2010 ist der Umsatz im Dezember 2010 unter Berücksichtigung von Saison

- und Kalendereffekten
nominal und real um
0,3
Prozent
gesunken.

Der Einzelhandel mit

Lebensmitteln,
Getränken und
Tabakwaren setzte im
Dezember 2010
nominal 0,1 Prozent
und real 2,7
Prozent
weniger um als im
Dezember 2009.
Dabei lag der Umsatz

bei den
Supermärkten,
SB
-Warenhäusern und
Verbrauchermärkten
nominal um 0,2
Prozent
höher und real um 2,5
Prozent

niedriger als im
Vorjahresmonat. Im
Facheinzelhandel mit
Lebensmitteln wurde
nominal 3,3
Prozent
und real 5,3
Prozent
weniger als im
Dezember 2009

umgesetzt.

Der Einzelhandel mit
Nicht-Lebensmitteln
erzielte im
Dezember 2010
nominal eine

Umsatzsteigerung
um 0,3 Prozent.
Real gingen die
Umsätze um 0,1
Prozent
zurück. Nur im
Internet- und
Versandhandel
(nominale
Steigerung von 3,2

Prozent
, reale Steigerung
um 3,0
Prozent
) und im
Einzelhandel mit
Textilien,
Bekleidung,
Schuhen und
Lederwaren

(nominale
Steigerung 0,7
Prozent
, reale Steigerung
um 0,4
Prozent
) lagen die Umsätze
nominal und real
über den Werten des
Vorjahresmonats.

Im Gesamtjahr 2010
setzte der
Einzelhandel als
Ganzes nach
vorläufigen
Berechnungen
nominal 2,3 Prozent

und real 1,2 Prozent mehr um als im Jahr 2009. In diesem Jahr war der Umsätze nominal um 3,7 Prozent und real um 3,1 Prozent zurückgegangen. Damit hat sich der

Einzelhandel kaum
erholt, aber
zumindest
stabilisiert.

- □ □

Staatsschulden explodieren

Der Bund der Steuerzahler hat

seine Schuldenuhr
umgestellt. Nach
Maßgabe der
öffentlichen
Planzahlen
werden die
Kreditmarktschuld
en des Bundes,
der Länder und

der Kommunen im
Laufe des Jahres
um 71,9 Milliarden
Euro auf 1.787
Milliarden Euro
steigen. "Die
deutsche
Staatsverschuldun
g wächst in

diesem Jahr mit
jeder Sekunde um
durchschnittlich
2.279 Euro. Das
ist mehr, als
mancher
Steuerzahler pro
Monat verdient"
mahnt der

Präsident des Bundes der Steuerzahler, Dr. Karl Heinz Däke.

Die Kreditmarktschuld

en des Bundes
sollen in diesem
Jahr um 48,4
Milliarden Euro
steigen. Damit ist
der Bund erneut
Schuldentreiber
Nr. 1. "Ich fordere
die

Bundesregierung
auf, ihr
sogenanntes
Sparpaket
nachzubessern.
Dieses Sparpaket
besteht in diesem
Jahr nur zur Hälfte
aus echten

Einsparungen und
im Übrigen aus
Steuer- und
Abgabenerhöhung
en. So konsolidiert
man keinen
Haushalt", kritisiert
Däke.

Der Bund der
Steuerzahler hat
eine umfangreiche
Einsparliste für
den
Bundeshaushalt
im

Gesamtvolumen
von 27 Milliarden
Euro vorgelegt.
Die Vorschläge
umfassen alle
Politikbereiche.
Nötig sei die
Streichung der
Steinkohlesubventi

onen, des
Grünlandmilchprog
ramms, der
Filmförderung, des
Branntweinmonop
ol und
unwirksamer
Arbeitsmarktförder
maßnahmen.

Auch müssten die
Eurofighter-Stück
zahlen gesenkt
und die
Regionalisierungs
mittel gekürzt
werden. Das

Elterngeld sei zu streichen und das Erziehungsgeld wieder einzuführen. „Die Kreditmarktschulden der öffentlichen Hand kosten in diesem Jahr rund

62 Milliarden Euro
Zinsen – Tendenz
stark steigend.
"Das sind 62
Milliarden Belege
dafür, wie
dringend eine
spürbare
Haushaltskonsolidi

erung ist", betont
Däke.

Kommentar: Solc
he Äußerungen
wiederum zeigen,

wie wichtig
Vernunft und
Aufklärung sind.
Um nicht länger
an Symptomen
herum zu doktern,
welche die
eigentlichen

Ursachen der
Probleme nicht
antasten und
zudem auch noch
verschärfen.
Dabei liegt die
Lösung nur allzu
offensichtlich auf

der Hand. Denn
es gibt aus
rationaler
Sichtweise keinen
Grund dafür, dass
Staaten
Kreditmarktschuld
en haben

müssten, und
damit zu
Bittstellern und
Vasallen des
Finanzkapitalismu
s werden

Genauso wenig,
wie es in einer
wertschöpfungsba
sierten
Fremd-versorgun
gsökonomie nicht
auch nur eine
einzige rationale

Begründung für
Sparexzesse gibt.
Stattdessen wird
vielmehr liquides
Kapital und damit
Kaufkraft in der
gesellschaftlichen
Fläche benötigt.

Und ferner ein
Geldumlaufsicher
ndes Geld-
und/oder
Wirtschaftssystem
■

Als Einstieg ist
hier ein
konsumsteuerfina
nziertes
Bedingungsloses
Grundeinkommen
das geeignete
Mittel, mittel- und

langfristig gibt es
zudem die
Möglichkeit,
negative Zinsen
einzuführen, oder
den Zins als
solchen komplett
zu eliminieren.

Und damit auch
einen
Umverteilungsme-
chanismus, der
zur permanenten
Überakkumulation
vor allem
illiquiden und rein

fiktiven
(Spekulations-)Ka
pitals auf Kosten
gesellschaftlicher
Einkommensverte
ilung führt.

Die Beugsamkeit
und
Unterwürfigkeit
unter das Joch
des Zinssystems
ist allerdings ein
Symptom einer
masochistischen

Charakterstruktur,
die nur noch das
Gefühl
ohnmächtiger
Abhängigkeit
gegenüber einem
solchen,
vermeintlich

übermächtigen
und
übergeordneten
System als
Selbstbestätigung
und Freiheit
empfinden kann.
Neben dem

Zinssystem, das
Gesellschaft und
Ökonomie
systematisch
ruiniert, ist
besonders auch
politisches
Querulantentum

dieser Art und
sein
gleichermaßen
ruinöser Spar-
und
Konsolidierungste
rror eines der
zentralen und

akuten
gesellschaftlichen
Probleme.

- □ □ Eine
Schuldenökono

Geschrieben von: Baraka

Dienstag, den 01. Februar 2011 um 02:26 Uhr

mie als

Herrschaftsordn

ung

- □ □ Die

Geschrieben von: Baraka

Dienstag, den 01. Februar 2011 um 02:26 Uhr

Folgen der Zinsknechtscha ft

Geschrieben von: Baraka

Dienstag, den 01. Februar 2011 um 02:26 Uhr

- □ □ Fusion von

Bundespolizei und Bundeskriminal amt

Laut
Gewerkschaft
der Polizei (GdP)
will der
Bundesinnenmini-
ster mit
"verdächtiger
Eile" offenbar

eine Fusion von
Bundespolizei
und
Bundeskriminala
mt
durchpeitschen.
GdP-Vorsitzende
r Bernhard

Witthaut: "Bei
einem Vorhaben,
das erhebliche
verfassungsrecht
liche Bedenken
hervorruft, ein
Sicherheitsgewin
n nicht

erkennbar ist
und fast 50.000
Beschäftigte
unmittelbar
betrifft, ist eine
gründliche
Diskussion
notwendig. Ein

solcher
tiefgreifender
Veränderungspr
ozess will genau
unter die Lupe
genommen
werden."

Die
Gewerkschaft
der Polizei habe
dies getan. Der
GdP-Bundesvors
itzende Bernhard

Witthaut, der
Vorsitzende des
GdP-Bezirks
Bundespolizei,
Josef Scheuring,
und der
Vorsitzende des
GdP-Bezirks

Bundeskriminala
mt, Jürgen
Vorbeck, laden
dazu am
Donnerstag, 3.
Februar 2011,
um 11.00 Uhr, in
der

Bundesgeschäfts
stelle der
Gewerkschaft
der Polizei (GdP)
in Berlin zu einer
Pressekonferenz
ein.

Geschrieben von: Baraka

Dienstag, den 01. Februar 2011 um 02:26 Uhr

{jcomments on}